

## Chronik des Tages.

Die Verhandlungen über die Bildung der Großen Koalition sollen noch in dieser Woche wieder aufgenommen werden.

Das Reichsarbeitsgericht verhandelte am Dienstag die Nichtigkeitsklage gegen den Hüttenbesitzer Eisele. Der Generalstaatsanwalt beim Kammergericht beantragt gegen Landgerichtsdirektor Hoffmann-Magdeburg Dienstentlassung und gegen Kölling Strafverurteilung.

Im Berliner Massenmeißelprozess wurde Frau Oberlich zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Die übrigen Angeklagten erhielten Gefängnisstrafen von 2 Wochen bis zu 10 Monaten.

Bei weiter anhaltender Nachfrage wurde in Berlin der Privatdiskont für beide Sichten um 1/8 v. H. auf 5 1/2 v. H. ermäßigt.

Der bekannte Großkaufmann und Rennstallbesitzer Ernst Gottschall hat in Berlin Selbstmord verübt.

Aus dem Zuchthaus in Gollnow bei Stettin sind wiederum vier Gefangene ausgebrochen.

Der 19 Kilometer lange Wonnintunnel, der die Strecke Florenz-Bologna um 35 Kilometer verkürzt, ist soeben feierlich eröffnet worden.

In Sidney hat bei der Kollision ein Flugzeug einem Landarbeiter den Kopf abgeschnitten.

## Wendung in Afghanistan.

Moskau, 22. Januar. Wie verlautet hat das afghanische Außenministerium die Beziehungen zu den Befehlshabern abgebrochen. Inayat Allah hat zu Gunsten Aman Allah auf die Krone verzichtet. Es stehen neue Kämpfe bevor.

Die Gerichte, der frühere Banditenführer Bachu Saquao und jetzige afghanische König Habib Allah se ermorde worden, haben keine Befähigung erfahren. Habib Allah lebt und regiert noch, aber seine Anhänger fallen von ihm ab und die Schar seiner Feinde wird größer! Auf der Straße nach Dschellalabad an der indischen Grenze wird wieder gekämpft. Die Schimari haben sich gegen Habib Allah und für ihren Prinzen Sirdar Omar Khan entschieden, den sie nun in Kabul auf den Thron heben wollen. Noch verwehren ihnen die Rebellen Habib Allahs den Weg, unter schweren Blutopfern; ob sie aber auf den Barrakaden ausstehen werden, ist ungewiss.

Eine neue Gefahr zieht von den südlichen Provinzen herauf, in denen der Stamm der Durani, zu dem auch Aman Allah gehört, seine Feste aufschlägt. In Kandahar weht die rote Königsstandarte Aman Allahs mit den gekreuzten Säbeln. Und die Duranis, schwarzgebrannte und verwegene Gefellen ohne Ausnahme, scheinen auf ihren königlichen Stammesbrüdern auch heute noch stolz zu sein. Sie reiben ihre stählernen Wäpfe an Aman Allahs Wangen, galoppieren auf ihren Säulen wie wild um den Königspalast und feuern ihre Flinten in die Luft, um ihrer Treue und gleichzeitig ihrer Kampflust Ausdruck zu verleihen.

Aman Allahs Bruder, Inayat Allah, von dem Sohn des Wasserträgers aus Kabul verjagt und von den Engländern bereitwillig durch Flugzeuge in Sicherheit gebracht, hat nun gleichfalls auf die Krone verzichtet, die er nicht mehr hat. Jedoch zugunsten seines Bruders! Damit ist Aman Allah rechtlich wiederum König von Afghanistan, und Inayat Allah hat sich denn auch bereit, bei seinem stärkeren Bruder wieder in Dienst zu treten. Inayat ist in seiner brüderlichen Runeigung aber noch weiter gegangen: er hat seine Offiziere von dem ihm geleisteten Treueid entbunden und sie verpflichtet, sich sofort dem König Aman Allah zu unterstellen.

Das ist zunächst eine Geste. Die endgültige Besetzung des afghanischen Königsthrones hängt nicht von juristischen Akten ab, sondern davon, wer unter den vielen Thronwärtern die stärksten Machtmittel besitzt. Bis zur Entscheidungslinie wird sicher noch einige Zeit vergehen. Aman Allah hat durchaus keine Veranlassung, sich zu beeilen. Zunächst teilen sich die Rebellen untereinander, und die rauhen afghanischen Sitten werden dafür sorgen, daß das gründliche Geschicht. In etwa sieben Wochen schmilzt der Schnee auf den Pässen des Passara mit seinen 5000 Meter hohen Bergen, dann ist die Stunde für Aman Allah gekommen, in der er seine Freischaren gegen Kabul führen kann!

Bis dahin muß Aman Allah angriffsbereit sein. Und bis dahin wird man manches von seinem Reformprogramm vergessen haben, wird man nicht mehr daran denken, daß man einst, bei 40 Grad im Schatten auf Befehl des Königs in einem europäischen Gehrock aus afghanischem Filzstoff mit einem Zylinder auf dem Kopf sich als Nationalversammlung in Kabul präsentieren, oder den nach Jahrhunderten alter Tradition gepflegten langen Bart vor allem Volk öffentlich und unter den Klängen der Militärmusik, drangeben mußte.

Zu vorigen wird bis dahin auch Aman Allah manches aus den Ereignissen gelernt haben, so daß er bei der Wiedergewinnung der Macht das Wort im Koran: „die Eile ist vom Teufel“, etwas mehr beherzigen wird, als es nach der Rückkehr von der Europareise der Fall war. Vielleicht ist der „Erzbischof der Welt“, Oberst Lawrence, der am Montag in Port Said eintraf und jetzt auf dem Wege nach London ist, doch zu früh aus Afghanistan abgereist. Für England verließ alles wunschgemäß — bis auch Inayat Allah gestürzt wurde und damit die Aussichten für Aman Allah wieder besser wurden. Bachu Saquao ist für England wahrscheinlich über das Ziel schon hinausgeschossen.

Die Mullahs mit ihrem schneeweißen Turban und die Obermullahs mit dem arabischen der Netto

vinger, verteben in Kabul wieder dänge Stunden. Sie bliden nach Kandahar, in dem stetig verschiedene Traubenarten reifen und besüßten, daß dort jetzt auch noch etwas anderes heranreifen wird. Aber die Mullahs sind nicht nur sehr schweigsam, sie verstehen auch zu handeln. Das muß Aman Allah in Rechnung stellen, wenn sein Zug über den Passar zum Siege führen soll.

## Neue Koalitionsverhandlungen?

Der Reichskanzler will die Parteiführer empfangen. — Besprechungen über den Haushalt und die Regierungsfrage.

In parlamentarischen Kreisen rechnet man damit, daß der Reichskanzler Müller-Franken im Zusammenhang mit der Wiedereröffnung des Reichstages am Donnerstag noch in dieser Woche die Fraktionsführer der in der Regierung vertretenen Parteien zu sich bitten wird. Die Besprechungen dürften sich einmal auf den neuen Reichshaushaltsplan erstrecken, zum anderen aber auch die Frage der Bildung einer Regierung der Großen Koalition zum Gegenstand haben.

Bisher sind die Beziehungen zwischen der Regierung und den Fraktionen bekanntlich nur von sehr lockerer Natur. Die Fraktionen werden jedenfalls durch die Haltung ihrer Minister im Kabinett nicht verpflichtet, haben vielmehr nach jeder Richtung hin freie Hand. Das mag zwar die und da den Fraktionen sehr zufließen kommen, beschwert andererseits aber auch die Gefahr großer Ueberraschungen herauf, die die Regierung gerade in dem Augenblick aktionsunfähig machen können, in dem wichtige, für das gesamte Reich bedeutende Entscheidungen gefällt werden müssen.

Ob die neuen Besprechungen einen günstigeren Verlauf nehmen werden, als die bisher geführten, muß abgewartet werden. Schwierig werden sich auch die Verhandlungen über den neuen Haushaltsplan und die Deckungsvorschläge der Regierung gestalten. Wie mitgeteilt wird, wird der Reichsrat erstmals am Donnerstag über den Etat verhandeln. Danach haben die Ausschüsse des Reichsrats das Wort, die für die Einzelberatung etwa vierzehn Tage benötigten. Das Reichsfinanzministerium hofft, die Verabschiedung des Etats so beschleunigen zu können, daß sich die Einbringung eines Notetats erübrigt.

## Notetat in Preußen?

Beratungen im Kesttenrat des Landtags. — Die endgültige Beschlußfassung auf Donnerstag verlag.

Die Hoffnung der preussischen Regierung, daß der Landtag den Etat, den der Finanzminister bereits im Dezember des vorigen Jahres fertiggestellt hatte, noch bis zum 31. März verabschieden wird, scheint sich nicht zu erfüllen. Der Kesttenrat des Landtages hat am Dienstag über diese Frage in Anwesenheit des Ministerpräsidenten Braun und des Finanzministers Höpfer-Wischoff längere Zeit ohne Ergebnis beraten und sich schließlich darauf geeinigt, daß das Büro des Landtages prüfen soll, ob dem Wunsch des Finanzministers nach rechtzeitiger Verabschiedung des Etats Rechnung getragen werden kann. Andernfalls wird sich die Vorlegung eines Notetats nicht umgehen lassen. Donnerstag wird der Kesttenrat diese Angelegenheit noch einmal beraten.

## Seipel besucht München.

Der österreichische Bundeskanzler über den Föderalismus. — Das Argument des Anschlusses.

Der österreichische Bundeskanzler Dr. Seipel, der gegenwärtig in Erwidderung des Besuchs des bayerischen Ministerpräsidenten in München weil, hielt dort im Akademisch-politischen Klub einen Vortrag über den Föderalismus in Oesterreich.

Bundeskanzler Dr. Seipel verwahrte sich zunächst gegen die Auffassung, als ob ihn irrendwilde Geheimnisse von aktueller Politik nach München geführt hätten und sprach dann als Wissenschaftler über politische Fragen. Der Föderalismus Oesterreichs, so führt er aus, erfahre oft scharfe Kritik. Besonders mißtrauisch stünden ihm die Freunde des Anschlusses aus dem Deutschen Reich gegenüber, weil er angeblich jeden künftigen Anschluß erschwere. Sie meinten, Oesterreich müsse dann seinen inneren Föderalismus aufgeben, was wohl ein zu großes Opfer für Oesterreich wäre, oder das Reich müßte mit Oesterreich einen Subföderalismus in Kauf nehmen. So scheine Oesterreich durch seinen Föderalismus für immer zu einem selbständigen Sein nach Art der Schweiz bestimmt zu sein. Diese Einwendungen kann man sehr verschieden beleuchten. Der Föderalismus brauche gar nicht so groß oder kostspielig zu sein, könne vielmehr das Mittel der größten Wirtschaftlichkeit der Verwaltung werden. Dafür sei der Föderalismus ein Weg der wirklichen Selbstverwaltung des Volkes. Daß der Föderalismus seinen Ursprung nicht im Stammescharakter der Bevölkerung habe, zeige ein Blick auf Bayern. Obwohl Bayern mehrere deutsche Stämme beherberge verrate es doch kaum Spuren föderalistischer Gestaltung. Es bilde einen von einem Zentrum aus gerichteten Einheitsstaat.

## Politische Rundschau.

Berlin, den 23. Januar 1929.

Der Rechtsausschuß der Rheinlandkommission hielt in Brüssel eine Sitzung ab, an der Vertreter Deutschlands

Belgiens, Frankreichs, Hollands, Italiens und der Schweiz teilnahmen.

Der Beamtenauschuß des Preussischen Landtages stimmte den Bestimmungen über die unklünder Anstellung in der Schulpolizei mit einigen Änderungen zu.

Bremer Nationalsozialisten verurteilt. Von dem Großen Schöffengericht in Bremen hatten sich acht Mitglieder der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei zu verantworten, die beschuldigt wurden, Personen, die sie für Juden hielten, überfallen und mißhandelt zu haben, u. a. auch den brasilianischen Konsul. Sämtliche Angeklagten wurden — teilweise unter Strafaussetzung — zu Gefängnisstrafen von sechs Wochen bis zu einem Jahr verurteilt. Gegen den Haupttäter wurde wegen Mordverdachts Haftbefehl erlassen.

Denkschrift über das landwirtschaftliche Bildungswesen.

Berlin, 23. Januar. Das preussische Landwirtschaftsministerium veröffentlicht eine Denkschrift über das landwirtschaftliche Bildungswesen in Preußen. An der Spitze der Ausführungen steht der Satz, daß die Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung eine Frage der Ausbildung und der Willensbeeinflussung des Landwirts ist. Auf 168 Seiten werden dann die einzelnen Bildungsanstalten des Landvolks nach Umfang und Bedeutung, Ausbildungsfähigkeit und Ausbaubedürftigkeit geprüft.

## Rundschau im Auslande.

Das Präsidium des Russischen Zentralvolkskongresses hat die Eröffnung der Tagung der Sowjets auf den 5. April festgesetzt.

Präsident Hoover begab sich nach Florida, vor 14 Tagen vor seiner Einführung als amerikanischer Präsident wieder nach Washington zurückkehren wird.

## Tagung der Völkervereinigung in Madrid.

Korrespondenzmeldungen zufolge soll der 13. Kongress der Internationalen Union der Völkervereinigungen am 19. Mai in Madrid stattfinden. Der Kongress wird von Graf Bernstorff geleitet werden. Im ganzen werden Delegationen von mehr als 24 Staaten zugegen sein. Der Kongress wird das Völkerrechtproblem der osteuropäischen Länder studieren, sowie die juristische Seite des Abrüstungsproblems und Arbeitsfragen.

Absetzung eines Gouverneurs wegen moralischer Verworfenheit.

Der Gouverneur des Staates Oklahoma ist durch einen mit 38 gegen 5 Stimmen gefaßten Beschluß des Senates seines Amtes enthoben worden. Der Gouverneur wird vor dem Gerichtshof des Senates wegen Korruption und moralischer Verworfenheit angeklagt.

## Strafantrag im Richter-Prozess.

Der Generalstaatsanwalt beantragt Dienstentlassung Hoffmanns und Strafverurteilung Köllings.

Der Große Disziplinarsenat des Kammergerichts führte am Dienstag die Verhandlung gegen die Magdeburger Richter Kölling und Hoffmann zu Ende. Generalstaatsanwalt Rhode beantragte gegen Hoffmann die Dienstentlassung unter Jubilierung der Hälfte der Pension auf Lebenszeit. Bei Kölling werde es ihm schwerer, so erklärte der Generalstaatsanwalt, eine Verschärfung der Strafe zu beantragen. Aber auch bei ihm müsse er es tun. Er beantrage gegen ihn die Strafverurteilung und eine Geldstrafe von 50 Mark.

Ueber das Strafmaß äußerte sich der Generalstaatsanwalt dahin, für den Landgerichtsdirektor Hoffmann komme strafmildernd nur in Betracht, daß er, zunächst wenigstens, Herrn Kölling helfen wollte. Alles übrige spreche gegen ihn. Er, der Generalstaatsanwalt, könne nicht der Meinung sein, daß hier die Strafverurteilung eine sachgemäße Strafe sei. Das Raumburger Urteil habe die Konsequenzen nicht gezogen.

## Neue Vorschläge Moskaus an Polen.

Finnland, Estland, Lettland, Litauen und Rumänien sollen zum Beitritt aufgefordert werden.

Wie aus Moskau gemeldet wird, übermittelte der stellvertretende Außenminister Litwinow dem polnischen Gesandten neue Vorschläge für die Unterzeichnung eines Protokolls zur Inkraftsetzung des Kellogg-Paktes. Die Sowjetregierung schlägt vor, daß zunächst ein Protokoll zwischen der Sowjetunion und Polen unterzeichnet wird. Nach der Unterzeichnung dieses Protokolls will sich die Sowjetregierung an Finnland, Estland und Lettland mit dem Vorschlag wenden, sich an dem Protokoll zu beteiligen. An Litauen ist eine entsprechende Aufforderung bereits ergangen. Außerdem will Moskau auch der rumänischen Regierung durch den polnischen Gesandten in Bukarest den gleichen Vorschlag übermitteln.

Die Regierungen, die sich an dem Protokoll beteiligen, verpflichten sich, in aller kürzester Zeit den Kellogg-Pakt und das Protokoll zu beschließen und in Kraft zu setzen. Litwinow vertritt dabei die Meinung, daß auf diese Weise eine Entspannung der politischen Lage in Osteuropa eintreten wird.

## Nachspiel im Eisenkonflikt.

Eröffnung der Reichsgerichtsverhandlung über die Nichtigkeitsklage der Arbeitgeber.

Unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Degg begann am Dienstag vor dem Reichsarbeitsgericht in Leipzig die endgültige gerichtliche Austragung des Streites der Nordwestlichen Gruppe der Stahl- und Eisenindustrie gegen den Christlichen Metallarbeiterverband, den Gewerkschaftsverein deutscher Metallarbeiter.